



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., wöchentliches Abonnement 5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeile in der ersten Spalte 2 Sgr., in den übrigen 1 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 384. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves, dt.

Mittwoch, den 19. August 1874.

Deutschland.

Berlin, 18. August. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin hat den Geheimen Legations-Rath v. Radowicz zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich griechischen Hofe ernannt. Dem Kaufmann François Emile van der Haegen in Stettin ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als königlich belgischer Consul daselbst erteilt worden.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Medicinal- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten Dr. Hermann Gulenberg zum Geheimen Ober-Medicinal-Rath ernannt. Der Kausale-Dictator Scherer ist zum Geheimen Kausale-Secretär im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt worden.

[Se. Majestät der Kaiser und Königin] wohnte heute Vormittag dem Regiments-Exerciren des 1. Garde-Regiments z. F. auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam bei. Nachmittags fand Diner auf Schloß Babelsberg statt.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte vorgestern dem Gottesdienste in der Potsdamer Garnisonkirche bei und begab sich hierauf mittelst Extrazuges nach Berlin, um das Augusta-Hospital und die damit verbundene Krankenpflegerinnen-Lehranstalt und Poliklinik zu besichtigen. Auf dem Rückwege zur Eisenbahn besuchte Ihre Majestät das Elisabeth-Krankenhaus. — Auf Schloß Babelsberg fand Familientafel statt, worauf die kaiserlichen Majestäten mit dem Dampfsboot eine Fahrt nach dem Wannsee unternahmen.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] hat gestern Morgen das 4. Regiment im Fort Grange bei Portsmouth besichtigt. Von Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin wurde Nachmittags die Grundsteinlegung für eine höhere Schule in Ryde vollzogen.

[Enttöhlung.] In Gegenwart Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin, Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Carl, des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Carl, der Prinzen Friedrich Wilhelm und Heinrich, des Prinzen August von Württemberg, des Prinzen Friedrich Leopold und der Herzogin Wilhelm von Mecklenburg fand am Sonntag Vormittag in der Garnisonkirche zu Potsdam die Enttöhlung der den Gefallenen der Potsdamer Garnison in den Kriegen 1864, 1866, 1870—71 gewidmeten Gedenktafeln statt. Bei dem Trauergottesdienste, welcher der Feier voranging, hielt Hosprediger Rogge die Predigt. Sowohl die 9 neuen weißen Marmortafeln auf den Göttern an den Fensterpfeilern, wie die älteren, den Gefallenen aus den Jahren 1813—15 gewidmeten, waren mit Eichenlaub bekränzt; sie tragen alle das Eisene Kreuz am oberen Rande. Die anderen Tafeln haben die Ueberschrift: „Die gefallenen Helben ehrt dankbar König und Vaterland. Es starben den Selbsttod“: nun folgen 614 Namen der Tapfern. Es sind darunter vom 1. Garde-Regiment z. F. 546, vom Garde-Jäger-Bataillon 33, Garde du Corps 6, Garde-Husaren 13, 1. Garde-Ulanen-Regiment 10, 3. Garde-Mann-Regiment 6.

— **Berlin, 18. August.** [Zum Gichungswesen.] — Reichsvereinsgesetz. — Fürst Bismarck. — Nationaldenkmal. — Der Kronprinz. In den letzten Tagen des vergangenen Mai und bis in den Juni hinein waren, wie erinnerlich sein wird, die Aufsichtsbehörden des Gichungswesens aus dem ganzen Reich hierher berufen worden, um ihre Ansichten und Erfahrungen auszutauschen und Maßregeln zur Abhilfe hervorgetretener Mängel vorzuschlagen. Die gutachtlichen Aeußerungen — Beschlüsse sollten nicht gefaßt werden — der Conferenz wurden zu Protokoll genommen und auf Antrag der Versammlung der Regierungen der Bundesstaaten durch das Reichskanzleramt übermittelt. Wie man hört, haben jene Festsetzungen allgemeine Anerkennung gefunden und werden den gewünschten Erfolg haben, die bisherigen Ungleichheiten in den Verwaltungsnormen und der Rechtsprechung in Sachen des Gichungswesens auszugleichen und dasselbe damit auch mehr einheitlich zu gestalten, als es entgegen den Wünschen der Aufsichtsbehörden bisher der Fall war. — Ueber die beabsichtigte Vorlegung eines Reichsvereinsgesetzes circularis seit einigen Wochen die zahlreichsten Nachrichten, welche oft ein genaues Detail des Entwurfes anzugeben wußten. Nach Erundigungen an durchaus zuverlässiger Stelle beschränkt sich die Richtigkeit aller dieser Mittheilungen auf eine gelegentliche Bemerkung des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg über die Möglichkeit eines solchen Antrages Preußens bei dem Bundesrathe; weiter ist, wie versichert wird, nichts geschehen und am wenigsten sind Vorarbeiten angeordnet. Ueberhaupt ist über Reichstagsvorlagen vor Rückkehr des Präsidenten Delbrück Bestimmtes nicht mitzutheilen; Vorbereitungen sind allerdings nach mehrfachen Richtungen getroffen, es wird aber eine Entscheidung über weitere Verwendung des vorbereiteten Materials noch abzuwarten sein. — Fürst Bismarck wird zunächst in Barzin verbleiben und diesen Aufenthalt lediglich durch eine Reise nach seiner Besitzung in Lauenburg unterbrechen, alle weiteren Reisepläne sind aufgegeben. Das Befinden des Reichskanzlers ist durchaus befriedigend, die Wunde an der Hand ganz geheilt, doch der Schmerz bei Bewegung derselben noch nicht beseitigt. — In der nächsten Zeit wird in Berlin die Agitation für das Nationaldenkmal auf dem Niederwald beginnen, an deren Spitze die hervorragendsten Einwohner der Stadt aus allen Lebens- und Berufsstellungen zu treten beabsichtigt, wie dies in der Versammlung vor einigen Monaten beschlossen worden ist. — Ihre kaiserl. Hoh. der Kronprinz und die Kronprinzessin werden am 22. oder 23. d. M. hier eintreffen. Die Einsegnung des Prinzen Friedrich Wilhelm wird am 30. d. M. nach den jetzigen Dispositionen in der hiesigen Garnisonkirche und zwar nur im Kreise der königlichen Familie stattfinden; fremde Fürstlichkeiten werden zu diesem Tage nicht am hiesigen Hofe erwartet.

D. R. C. [Graf Moltke.] Auswärtigen Blättern wird von hier gemeldet, daß Graf Moltke augenblicklich noch auf seinen Gütern in Schlesien sei, und erst Ende dieses Monats wieder hier zurück erwartet werde. Das ist ein Irrthum. Graf Moltke ist bereits Ende voriger Woche hier eingetroffen und hat sich sogleich in Begleitung einer Anzahl von Generalstabsoffizieren zur Generalstabsreise nach Lübeck begeben. Das Gros dieser Herren war bereits einige Tage zuvor dorthin gereist. Was im Uebrigen die Reisen des großen Strategen anbelangt, so ist derselbe in dieser Beziehung, wie überhaupt in seinem ganzen Handeln noch viel mehr unbedenkbar als Fürst Bismarck; er geht und kommt, ohne daß irgend Jemand davon etwas zuvor erfährt, eben so wenig wie seine Umgebung etwas weiß, wenn er abgereist ist, wohin er sich begeben wird.

D. R. C. [Capitän Werner.] In den Zeitungen hat der Artikel Aufsehen erregt, welchen die „Nordd. A. Z.“ kürzlich über das freisprechende Erkenntnis des Kriegsgerichts in der vielbesprochenen Angelegenheit des Capitän Werner vor einigen Tagen publicirte. Gut unterrichtete Kreise waren von dem Artikel durchaus nicht überrascht, dem man einen vollständig officiellen Charakter beilegt. Es wiederholt sich dabei nur derselbe Widerspruch, welcher gleich nach der Vigilante-Affaire zu Tage trat und constatirte, daß die Ansichten der Militärs mit denjenigen der Diplomaten geradezu in Widerspruch standen. Wenn im Uebrigen von verschiedenen Seiten hervorgehoben wird, daß dieser Artikel eine Geringschätzung des Richterspruchs enthalte, so heißt denn doch das geradezu ein Unterschieben von Ansichten, die thatsächlich nicht vorhanden sind. Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ kritisirte durchaus das Urtheil nicht, welches militärische Richter gefällt hatten, sondern er beleuchtete nur die Mängel, die dadurch herbeigeführt werden, wenn ein Vergehen, das sich auf politischem Gebiet vollzog, von militärischen Richtern und vom militärischen Standpunkte aus einem Urtheil unterworfen werde.

[A. v. Carlwiz.] Aus Görlitz schreibt man uns: „Der unerwartet erfolgte Tod des ehemaligen sächsischen Ministers v. Carlwiz, des langjährigen Abgeordneten unseres Wahlkreises im preussischen Landtage und im Norddeutschen Reichstage hat hier, wo der Verstorbenen eine im höchsten Maße beliebte Persönlichkeit war, sehr großes Bedauern erregt und lebhaft die Erinnerung an die Zeiten wachgerufen, wo er neben Dr. Paur und dem wackern Bassenge der Vertreter und der Stolz unseres Wahlkreises war. Schon früher hatte ihn Görlitz in die zweite Kammer gewählt, aber 1855 sah er sich von der conservativen Partei verdrängt und erst 1858 gelang es dem energischen Anstrengungen der liberalen Partei, die sich erst im Herbst 1858 wieder organisiert hatte, ihn mit dem altliberalen Kreisgerichtsdirector Stille neben dem conservativen Landrath Grafen Fürstenstein bei der Wahl in Niesky durchzubringen. Seine echte Freisinnigkeit, sowie seine deutsche Gesinnung fanden hier eine solche Würdigung bei den liberalen Wählern, daß auch nach der Bildung der Fortschrittspartei seine Wahl stets von den Führern der damals allmächtigen Fortschrittspartei als selbstverständlich hingestellt und auf das Eifrigste gefördert wurde. Daß v. Carlwiz trotz seiner in den letzten Jahren seiner politischen Thätigkeit eingetretenen Kränklichkeit noch so lange dem parlamentarischen Wirken erhalten blieb, ist den Bemühungen der Fortschrittspartei allein zu verdanken. Seine früheren Gesinnungsgenossen, die Altliberalen hatten ihn längst aufgegeben. Dies Festhalten des Wahlkreises an von Carlwiz ist für die Haltung des Görlitz-Laubaner Wahlkreises bedeutsam geworden. Hauptächlich von Carlwiz ist es zuzuschreiben, daß der Wahlkreis seit seinem Bestehen niemals exclusiv in der Wahl seiner Vertreter verfahren ist und, wo er von der Freisinnigkeit und Charakterfestigkeit des Mannes überzeugt war, auf die Fraktionsstellung seiner Abgeordneten weniger Gewicht gelegt hat, als das meist anderwärts der Fall war. Sahen doch die Wähler, daß derselbe Mann, welcher bis 1861 in der Fraktion Mathis gesessen hatte, trotzdem er äußerlich nicht zur Fortschrittspartei hielt, in vorderster Reihe neben den Männern der Fortschrittspartei kämpfte, wo es galt, Recht und Freiheit zu verteidigen, hörten sie doch, obwohl er dem Deutschen Nationalverein beizutreten sich nicht entschließen konnte, aus seinem bereiten Munde den nationalen Gedanken mit am lebhaftesten verkündigen. Und deshalb hielten die entschiedenen liberalen Wähler an dem trefflichen Manne fest, während das Gros der Altliberalen, die ihn früher zu den Ihrigen gezählt hatten, seine Wiederwahl bekämpften. v. Carlwiz hat dann das Glück gehabt, seine Wähler bis zu seinem freiwilligen Scheiden von der politischen Bühne treu zu sich halten zu sehen, und das ist ihm, wie er oftmals ausgesprochen hat, eine große Herzensfreude gewesen. Sein Fürstenhaus hat vergessen, was v. Carlwiz in schwerer Zeit seinem Vaterlande Sachsen für wichtige Dienste erwiesen, die preussische Regierung hat es ihm nie verziehen, daß er die Zielpunkte einer wahrhaft nationalen und energischen Politik zu einer Zeit hingestellt hatte, wo die Regierung noch andere Bahnen wandelte, die liberalen Wähler aber haben ihm unverbrüchliche Treue und Dankbarkeit bewahrt. Man hat es deshalb hier schmerzlich empfunden, daß Seitens der Familie von Carlwiz keine Meldung von dem Tode des verehrten Mannes hierher gesendet ist, da dadurch der Wahlkreis verstimmt gewesen ist, bei der Bestattung von Carlwiz's sich vertreten zu lassen. Auch aus Ebersbach, dem Dorfe, in dem von Carlwiz längere Zeit als Gutsherr wohnte, wäre jedenfalls eine Deputation der Gemeinde erschienen, denn das Andenken an den wahrhaft edeln Edelmann lebt dort noch in voller Frische. Das beweist auch der einfache schlichte Nachruf, den die Gemeinde Ebersbach im „Görlitzer Anzeiger“ dem Verstorbenen widmet: „Die Gemeinde Ebersbach ruft ihrem geliebten Albert von Carlwiz ein wehmüthiges „Ruhe anst!“ nach.“ Dieser Nachruf ist der Ausdruck wahren Gefühls und ehrt den Verstorbenen mehr, als ihn das Geleit der königlich sächsischen Hofequipagen zur Ruhestätte geehrt haben würde.

D. R. C. [Zur Schließung des socialdemokratischen Arbeitervereins.] In den hiesigen Zeitungen ist darauf hingewiesen worden, daß durch die Rathskammer des Stadtgerichts die vorläufig durch die Polizei verfügte Schließung der Vereinigung der socialdemokratischen Arbeiterpartei gut geheßen und aufrecht erhalten sei, und man hat daraus die Ansicht gefolgert, daß die Socialdemokratie in dieser neuen Form den alten socialdemokratischen Arbeiter-Verein weiter am Leben erhalten wolle. Das ist allerdings ein Irrthum. Der Lassalle'sche Arbeiter-Verein ist durch die Polizei ebenfalls geschlossen und diese Maßregel vom Gericht aufrecht erhalten worden. Unter dem Namen „Socialdemokratische Arbeiter-Partei“ existirten bisher die Anhänger der Socialdemokratie Bebel's, Liebknecht'scher Richtung, und da die Behörde in dieser Beziehung mit gleichem Maß messen wollte, so inhibirte sie die Zusammenkunft beider Parteien, und das Gericht hat nun auch diese Maßregel gut geheißen. Dies vorausgeschickt zur Erklärung des Sachverhalts. Was nun das Vorgehen gegen die Socialdemokratie und ihrer Agitation anlangt, so können wir auf Grund der uns zugehenden Mittheilung hervorheben, daß die in Preußen gegen die Socialdemokratie ergriffenen Maßregeln nicht vereinzelt bleiben, sondern auch im ganzen deutschen Reich Nachahmung finden werden. Zunächst werden allerdings nur diejenigen Schritte unternommen werden, welche nach der Lage der Gesetzgebung zulässig sind, d. h. es werden eben solche Maßregeln unternommen werden, die auf dem Wege der Verordnung zu erlassen sind. Hierher gehören zunächst die Beschränkung des Versammlungsrechts, soweit als eine Anzeige den Veranstaltern zur Pflicht gemacht wird, am eine Ueberwachung der Versammlungen und ihrer Verhandlungen zu ermöglichen unter Vorbehaltung des Rechts der überwachenden Polizeibeamten bei vorkommen-

den Unzuträglichkeiten die Versammlungen aufzulösen. Weiter greifen die Maßregeln, sollen dem in Aussicht genommenen Reichs-Vereinsgesetz vorgehalten werden. Das einstweilige Vorgehen der Bundesregierungen ist namenlos für diejenigen Staaten in Aussicht genommen, in denen bisher eine Verpflichtung der Veranstalter von Versammlungen wie auch der Vereinsvorsitzenden zur Anmeldung etwaiger in Aussicht genommener Versammlungen nicht vorlag. Diese Verpflichtung soll in Zukunft für alle öffentliche Versammlungen, wie auch für Versammlungen von Vereinen bestehen, welche politische, einschließend socialpolitische oder kirchenpolitische Zwecke verfolgen. Es wird dadurch den Unzuträglichkeiten vorgebeugt, welche für die Reichsverwaltung daraus entstehen können, daß ein in einem Staate verbotener, resp. gesetzlicher Verein durch die Gesetzgebung des angrenzenden Staates in die Lage gesetzt wird, hart an der Grenze des ihm verschlossenen Staatsgebietes sofort seine gefährbringende Thätigkeit wieder aufzunehmen.

[Socialdemokratische Versammlung.] Die Versammlung sämmtlicher Steuerzahler Berlins wurde, wie die am vorigen Sonntag, am 16. August, Vormittags 10 Uhr, in der Sophienstraße 15 abgehalten. Die Versammlung selbst mochte ungefähr 2000 Personen stark sein. Den Vorsitz führte der socialdemokratische Reichstagsabgeordnete Reimer, das Referat der Eingabe wegen der Steuererhöhung an den Magistrat, Herr Hasselmann. Beschlossen wurde: in sämmtlichen Bezirken Versammlungen anzuordnen und die Vereine Berlins anzuregen, durch „Massensturmpetitionen“ der Steuerzahler Berlins, gleichlautend mit der untenstehenden einmüthig angenommenen Eingabe an den Magistrat, auf diesen einen solchen moralischen Druck zu üben, daß er der Stimme der Steuerzahler nachkommen müsse; andernfalls aber an die Regierung zu Potsdam, und wenn das auch nichts helfe, an das Ministerium zu gehen. Das Comité für Bearbeitung der Vorarbeiten u. s. w. besteht jetzt aus 11 Personen, an deren Spitze Hasselmann und Reimer stehen. Die Eingabe an den Magistrat lautet:

„An den hochlöblichen Magistrat und die Stadtverordneten der Residenzstadt Berlin. Im Auftrage zweier am 9. und 16. August d. J. stattgefundenen Versammlungen von Berliner Steuerzahlern, deren jede von 2—3000 Personen besucht war, erheben die Unterzeichneten Protest gegen die bisherige Art der Einschätzung zur Klassen- und Einkommensteuer, bez. auch zur Haussteuer. Wir erheben auf Grund der nachstehenden Auseinandersetzungen die Abhilfe der augenblicklichen Mißstände eintreten zu lassen, was um so mehr erforderlich ist, als demnach auch die Erhebung der Staatsklassensteuer stattfindet: 1) Im Interesse der hiesigen Einschätzung zur Gemeinde-Einkommensteuer beziehungsweise Klassensteuer besage der § 10 des bezüglichen Gesetzes ausdrücklich, „daß die verschiedenen Klassen der Steuerpflichtigen möglichst gleichmäßig in der Commission vertreten werden“ und ferner, daß über die Steuerfähigkeit „möglichst vollständige Nachrichten“ einzuschießen sind. Statt dessen hat in Berlin eine derartige gründliche Erörterung des Einkommens bisher nicht stattgefunden, sondern es ist der von dem einzelnen Bürger zu zahlende Miethsbetrag nach einem bestimmten Procentsatz wohl meistens dem vermuteten Einkommen zu Grunde gelegt worden, so daß in Folge der in den letzten Jahren rapide gestiegenen Miethen, in Verbindung mit der Handelskrise gerade die größte Schicht der Steuerzahler, welche das geringste Einkommen hat, übermäßig belastet wird. Der Zustand ist hierdurch ein gänzlich unhaltbarer geworden. 2) Bei der Staats-einkommensteuer und den entsprechenden Steuern der Gemeinde-Einkommensteuer hat für den großen Besitz offenbar eine bedeutend zu geringe Einschätzung stattgefunden. Es ergibt sich dies aus den statistischen Tabellen, welche in den letzten Jahren eine Vergrößerung der Miethen und des Grundwerthes um mindestens 100 Procent erkennen lassen. So ergab der Feuerfassenwerth der im Jahre 1872 verkauften Grundstücke insgesamt 86,000,000 Thlr. Der Kaufpreis dagegen 213,000,000 Thlr., so daß der wirkliche Werth der Grundstücke Berlins sich zum Feuerfassenwerth von 5 zu 2 stellt und auf etwa 800,000,000 im Jahre 1872 belaufen hat. Diese enormen Gewinne der Grundbesitzer durch Erhöhung des Grundwerthes sind ein plötzlicher Vermögenszuwachs, also ein Einkommen, aber den Einkommensteuern nicht unterworfen worden, sonst hätte ihre Besteuerung alljährlich mehrere Millionen Thaler ergeben müssen, also mehr als die gesamte Einkommensteuer. 3) Ebenjowenig hat auf diese Thatfachen die Einschätzung zur Haussteuer Rücksicht genommen; denn es ist nur ein Nutzungswerth der Häuser von ungefähr 28,000,000 Thlr. mit 6—700,000 Thlr. versteuert worden, während der Nutzungswerth der Häuser mit 5 pCt. des Verkaufswertes berechnet, schon im Jahre 1872 nach der Statistik 40,000,000 Thaler hätte ergeben müssen. Diese unbestreitbaren Thatfachen ergeben eine übermäßige Besteuerung der ärmeren, eine zu geringe der reicheren Einwohner Berlins. Auf Grund des Gesetzes erwirkt wir den hochlöblichen Magistrat (Stadtverordneten-Collegium), dahin wirken zu wollen, daß schon bei der gegenwärtigen Einschätzung das bisherige System gänzlich fallen gelassen wird, daß auf Grund der Statistik und persönlicher Abschätzung — des Einkommens — nicht aber auf Grund der Miethzahlung — dem Geiste des Gesetzes entsprechend die Einschätzung vorgenommen werde, daß zu den Einschätzungsbez. Reclamations-Commissionen Berliner Steuerzahler hinzugezogen werden, welche aus Wahlen ihrer Mitbürger in den einzelnen Stadtbezirken hervorgehen.“

Die Versammlung war polizeilich beaufsichtigt und verlief im Ganzen ruhig.

[Post festum.] Bei der Säcularfeier des Gymnasiums zum Grauen Kloster war von Seiten des Herrn Directors Dr. Bonih, sowie des Fest-Comité's an den Reichstagsfürsten Bismarck, der bekanntlich Schüler des Grauen Klosters gewesen ist, eine Einladung zur Theilnahme an den Festlichkeiten ergangen. Derselbe hat darauf in folgendem Schreiben erwidert, welches leider erst nach Beendigung der Feier in die Hände des Herrn Directors gelangt ist und daher den versammelten Festgenossen nicht mehr mitgeteilt werden konnte:

Barzin, den 30. Juni 1874.

Ich habe von den zur Säcularfeier des Grauen Klosters erschienenen und mir von Euer Hochwohlgeboren freundlichst überreichten Festchriften mit dem lebhaftesten Interesse Kenntnis genommen, und mich dabei dankbar der Lehrer meiner Jugend erinnert. Gern würde ich den Gefühlen der Anhänglichkeit an die ehrwürdige Stiftung durch mein Erscheinen bei ihrer Jubelfeier Ausdruck geben, wenn die Rücksicht auf meine Gesundheit dies nicht unmöglich machte; meine Gedanken aber werden im Kreise der Festgenossen weilen und sich mit ihnen in dem Wunsche vereinigen, daß das Graue Kloster, treu seiner dreihundertjährigen Vergangenheit, auch fernerhin unter der Fürsorge unserer Fürsten und der Bürgerschaft Berlins fortzudauern werde, eine hervorragende Pflanzstätte wissenschaftlicher Bildung und patriotischer Gesinnung zu sein.

An den Director des Berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster Herrn Dr. Bonih.

[Unlücksfall.] Ein bedauerenswerther Unlücksfall, welcher in den weitesten Kreisen tiefe Theilnahme erregt, hat die Familie des Präsidenten der Preussischen Bank, Herrn v. Dechen, betroffen. Eine vor Kurzem erst verheiratete Tochter des genannten Herrn war mit ihrem Gatten, Professor W., auf einer Reise in der Schweiz begriffen und von dort her ist den Eltern der Dame die betrübende Kunde gekommen, daß bei einer Fahrt auf dem Vierwaldstätter See das Boot, in dem sich Professor W. mit seiner Gattin befand, von einem Dampfer überfahren und daß die junge Frau ein Opfer der Wellen geworden ist. Der unglückliche Gatte, welcher seinen Schwiegereltern telegraphisch den Tod ihrer Tochter anzeigt, schließt das betreffende Telegramm mit den inhaltschweren Worten: „Ich leider gerettet!“

Döbenburg, 14. August. [Die neuliche Ernennung des neuen Justiz- und Cultusministers] in der Person des Herrn Mugenbecher an die Stelle des leider jüngst verstorbenen Staatsministers Roffing ist im Allgemeinen nicht beifällig aufgenommen. Derselbe soll auf kirchlichem Gebiet der streng orthodoxen Richtung huldigen, welche hier im Lande geringen Anklang findet. Die daraus schließenden Konsequenzen werden auch das staatliche Gebiet nicht unberührt lassen, namentlich das dem Cultusminister untergeordnete

Schulwesen. Der neue Minister war eins der jüngsten Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts. Lediglich seine kirchliche Richtung soll für seine Ernennung bestimmend gewesen sein.

Kiel, 15. August. [Dem früheren Postmeister in Flensburg, Kammerherrn Friedr. Moltke], der am 3. d. M. bei seinem Bruder, dem Feldmarschall Grafen Moltke, auf dessen Gut in Preußen gestorben ist, widmet „Verl. Tidende“ einen Nachruf. Das halbamtliche Blatt der dänischen Regierung schreibt: Er war ein „loyaler“ Mann, welcher der dänischen Sache im Jahre 1848 treu blieb. Nachdem er ursprünglich Offizier gewesen war, trat er später in civile Aemter, erst als Zollverwalter und später als Zollinspektor in Kongsbønder, wurde dann als Postmeister in Apenrade und nach dem Kriege von 1848 als Postmeister in Flensburg angestellt, welchen Posten er bis nach dem Kriege von 1864 bekleidete. Er nahm zu der Zeit seinen Abschied und lebte einige Jahre in Lübeck, zog aber später zum Bruder in Berlin. Der Ausfall des Krieges von 1864, sowie auch die spätere ungünstige politische Stellung Dänemarks schmerzte ihn in hohem Grade und er verleugnete keineswegs diese Gefühle in seiner neuen Umgebung.

Crefeld, 17. August. [Congreß deutscher Volkswirthe zu Crefeld, 17. bis 20. August.] Bereits im Laufe des Sonntags (16.) waren zahlreiche Mitglieder des Congresses von auswärts eingetroffen; viele Häuser der Stadt hatten zu Ehren des Congresses mit preussischen und deutschen Fahnen geflaggt. Abends fand im Locale der Gesellschaft „Verein“, welche ihre Räumlichkeiten dem Congresse zur Verfügung gestellt hatte, eine gemeinschaftliche Sitzung der ständigen Deputation und des Localcomitês zur Vorbereitung der Congreßhandlungen, und darauf eine gegenseitige Begrüßung der Teilnehmer statt, bei welcher Herr W. Voley im Namen des Local-Comitês und des Vorstandes der Gesellschaft „Verein“ die fremden Gäste willkommen hieß und den Wunsch ausdrückte, daß die Wirksamkeit aus dieses Congresses von Heil und Segen für das deutsche Vaterland begleitet sein möge. — Die Sitzungen des Congresses selber finden im Saale der Frau Wittne Wimmer (Nollw. 38) statt.

Erste Sitzung, 17. Aug. Dr. Braun (Berlin) erklärt als Stellvertreter des Vorsitzenden der ständigen Deputation den Congreß für eröffnet und widmet zunächst dem Andenken des im Frühjahr verstorbenen Vorsitzenden Prince Smith warme Worte der Erinnerung, einen kurzen Lebensabriß des Verewigten und eine Würdigung seiner schriftstellerischen Thätigkeit daran knüpfend. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren des Verewigten von ihren Sitzen. — Herr Oberbürgermeister Noos begrüßt den Congreß im Namen Crefeld's, welches als eine Stadt, wo die Industrie fast alle Lebenskreise beherrscht, die Bestrebungen des Congresses im Allgemeinen und vor Allem in der Arbeitsfrage das warmste Interesse entgegen bringe; mögen die Sitzungen des Congresses Lichtpunkt in den Annalen dieser Stadt bilden. — Geh. Commerzienrath Heinenbach begrüßt den Congreß im Namen des Handelsstandes von Crefeld, dessen industrielle und commercielle Blüthe aus der Zeit einer freieren Bewegung des Handels datire und welches daher die Richtung, welche der Congreß von jeher eingeschlagen, auch stets mit den warmsten Sympathien begleitet habe. — Dr. Braun dankt in kurzen Worten im Namen des Congresses der Stadt Crefeld und ihrem Handelsstande für die freundliche Aufnahme, welche sie dem Congresse gewähre an einer Stelle, wo religiöse, bürgerliche und wirtschaftliche Freiheit seit jeher die Grundlage der Gesellschaft bildeten. Die Versammlung erhebt sich zur Befragung dieses Dankes von den Sitzen.

Dr. Gras (Breslau) schlägt vor zum Präsidenten zu wählen Dr. Braun (Berlin), zum ersten Vicepräsidenten Herrn Herberich (Merdingen), zum zweiten Vicepräsidenten Herrn Freiherrn von Rübe (Wien). Die Versammlung pflichtet diesem Vorschlage durch Acclamation bei. Die Gewählten nehmen die Wahl dankend an, wobei Freiherr von Rübe erklärt, daß er die ihm widerfahrne Ehre gleichzeitig als eine seinem Vaterlande des Reichthums bewiesene Anerkennung acceptire. — Zu Schriftführern werden ernannt: Redacteur Dr. Kleinpaal (Crefeld), Dr. Bernhardt (Bochum), Bränel (Stettin), v. Studnig (Berlin), Kangleirath Quandt (Berlin) u. Zwicker (Magdeburg).

Der Vorsitzende Dr. Braun erklärt diesmal aus geschäftlichen Rücksichten von dem sonst bei Eröffnung des Congresses persönlichem Ueberblick über die Thätigkeit des Congresses Abstand nehmen zu wollen und definiert statt dessen nochmals die Aufgaben des Congresses und die Pflichten seiner Mitglieder. Der Congreß vertrete keine ausschließliche Richtung der Volkswirtschaft, sondern habe seine Thüren und Thore Allen, die da kommen wollen, weit geöffnet. „Schutzgöllern, Zünftlern, ja selbst socialistischen Richtungen.“ Der Congreß knüpfe die Zulassung zur Mitgliedschaft auch an keine Qualificationsbedingungen. Theorie und Praxis sollten auf ihm in freien Verkehr treten und das Ergebnis desselben sei, wie die Erfahrung zeige, nupbringend gewesen für die nationale Gesetzgebung. Seine ira et studio werde der Congreß fortfahren in dieser Weise zu wirken und andere an anderen Orten in ihrer Weise wirken lassen, ohne sie von seinen Verhandlungen auszuschließen. Möge Jeder fein und stille seines Amtes warten, „wenn die Rose selbst sich schmächt, so schmächt sie auch den Garten.“ (Bravo.)

Der Präsident verknüpft darauf die Tagesordnung und drei Congreß-Sitzungen unter Zustimmung der Versammlung, wie folgt: Montag, 17. August, Arbeiter-Versorgungskassen, Schulwesen für gewerbliche Fortbildungsschulen, gesetzliche Vorschriften über den Gehalt der Gold- und Silberwaaren. — Dienstag, 18. August, Berechnung der Kosten des Eisenbahnbaues und Betriebes, wie ihres Verhältnisses zu einander; die Eisenbahn-Tariffrage, Strafbarkeit des Contractbruchs. — Mittwoch, 19. August, gesetzliche Vorschriften über Dedung der Banknoten. An einem Tage unerledigt gebliebene Gegenstände kommen erst dann zur Veranhandlung, wenn die mit Priorität auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände erledigt sind.

Erster Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind die Arbeiter-Versorgungskassen. Dr. Gras (Breslau) giebt als Referent zunächst einen Ueberblick über die gesetzliche Lage dieser Kassen auf Grund des § 141 der Bundes-Gesetzordnung und die Controversen über den Beitrittszwang in Betreff der Mitglieder der sogenannten „freien Kassen“ (der Gewerksvereine). Die Frage, wie die Arbeiter-Pensions- und Invalidenrenten einzurichten sind, sei eine schwierige, da die mathematischen Grundlagen für dieselben nicht so leicht zu finden seien, wie für Kranken- und Sterbekassen; darum könne eine Pflicht des Congresses zu sein, diese Frage in den Kreis seiner Verhandlungen zu ziehen. Einmal kommen für die Commune die Höhe des Armenbudgets in Betracht; zweitens die Qualität der Arbeitsleistung und die sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung überhaupt. Redner beleuchtet frühere Bestrebungen rheinisch-westfälischer Industriellen zur Errichtung von Arbeiter-Versorgungskassen in Anknüpfung an die Denkschrift „zur Hebung des Arbeitsstandes.“ Es bestehen 1) Kassen für die einzelnen Etablissements, 2) die Knappschaftskassen, 3) die freien Kassen der Gewerksvereine. Die erste Klasse fehle die Arbeiter und hemme die freie Bewegung der Arbeitskräfte; bei großen Calamitäten reichen sie nicht aus; ihr Analogon haben sie i. d. friendly societies. Die Knappschaftskassen befinden sich durchaus in keiner über jeden Zweifel erhabenen Geschäftsfrage; sie sind zu bürokratisch verwaltet; auch finanziell sind sie nicht sehr günstig gestellt. Viele Knappen rücken nie in die Klasse der Selbstberechtigten auf. Redner citirt Urtheile des Ober-Vertraths von Carnall zu Breslau und des Sanitätsraths Holze zu Rattowitz. Die Pensions-Kasse der Gewerksvereine („für die Invaliden der Arbeit“) erhebt zu niedrige Prämien; sie basirt auf Rechnungsunterlagen, die vielfach betrüben sind; die Befürchtung vor einem Mißbrauch des Fonds zu Streikzwecken sei wohl unbegründet, jedenfalls ein solcher Mißbrauch nicht erwiesen. Dagegen gebe bei Anknüpfung aus dem Gewerks- oder Ortsvereine das Anrecht an der Invalidenrente verloren, die Gründe für jenen Ausschluß seien so dehnbar, daß sie das Gesetz niemals functioniren könne. Der Fragebogen des Handelsministers frage deshalb auch an, ob eine Verbindung von Invalidenrenten mit Renten anderer Länder statthast sei; Redner hält dieselbe für absolut unstatthast. Redner erörtert darauf die Bedingungen der Rentenversicherung für Arbeiter und wendet sich zu den Verhältnissen in Frankreich, England und Sachsen, er beipflichtet die französischen „Caisses de retraite; die Handwerkskassen der „Imperial“, welche sogar Wochenbeiträge annimmt, eine sehr empfehlenswerte Einrichtung, die jährliche Altersrentenbank, die mit den engl. Pensionskassen seit 1865 verbundene Renten- und Lebensversicherungsanstalt unter staatlicher Garantie, die sich doch nicht derselben Beliebtheit erfreuen, wie jene Sparkassen selbst. Die Lage der Friendly societies ist eine sehr klägliche, viele derselben sind in Bankrott. Die engl. Gesetzgebung hat sich mit vielfachen Experimenten zur Beschaffung von Garantien für diese Kassen versucht, doch haben sich alle diese Anordnungen nicht bewährt. Redner verliest zum Belege dessen Stellen aus dem parlamentarischen Untersuchungsbericht. Die Lage der Gesellschaft läßt sich nur so lange vertuschen, als junge Mitglieder beitreten. Das Princip der Eingetragung wird nicht zur Handhabung, d. heißt strenger Vorprüfung der Kassen sich immerhin bewahren. Die Frage des Beitrittszwanges hat sich inzwischen nicht verändert; auch heute muß der Congreß sich gegen jeden Zwang erklären.

Zur Armenlast tragen die zu solchen Kassen heranzuziehenden Arbeiter nur einen verhältnismäßig kleinen Theil bei. Die Beitrittspflicht der Arbeitgeber wird von den Arbeitern selber vielfach verworfen. — Die Mitwirkung des Staates ist principiell nicht auszuschließen, wo derartige Kassen nicht, wohl aber ein Bedürfnis darnach besteht. Wünschenswerth scheint die Initiative großer Communalverbände in dieser Richtung. Redner beantragt zu beschließen: „Der Congreß erkläre: 1) Es ist wünschenswerth, daß im Wege der Reichsgesetzgebung besondere Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter-Pensions- (Arbeiter-Versorgungs-) Kassen getroffen und die Ertheilung der Corporationsrechte an Normativbestimmungen geknüpft werde. 2) Bei Erlass eines bezüglichen Gesetzes zu bestimmen, daß die Arbeiter-Pensionskassen durch eine besondere Reichsbehörde auf die Gesetzmäßigkeit ihrer Statuten und auf die Sicherheit ihrer mathematischen Grundlagen geprüft werden müssen, ehe sie die Rechte einer staatlich anerkannten (registrierten) Kasse erhalten können. 3) Die Errichtung von Arbeiter-Pensionskassen durch communale Verbände, nach den Grundzügen der Selbstverwaltung, ist zuzulassen und zu fördern, dagegen zu unterlagen, daß die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einem andern politischen oder socialen Vereine abhängig gemacht werde. 4) Von der Constatirung eines Beitrittszwanges für gewisse Arbeitsbranchen der Bezirke ist Abstand zu nehmen.“

Redner (Danzig) als Korreferent: „Die Bewegung für die Zwangsversicherung erobere sich täglich mehr Boden und habe namentlich in der Rheinprovinz warme Freunde gefunden, beweist die für den Eisenacher Congreß abgesetzte Broschüre des Abg. Fabrikbesizers Kelle. Man wolle eine Zwangsversicherung etabliren so ziemlich für die gesamte Bevölkerung des Staates; zunächst sei nicht erwiesen, daß die Armenbudgets der Communen eine solche in Betreff eines Theiles der Bevölkerung der Fabrikarbeiter je verlange; handelt es sich aber um eine allgemeine Maßregel, so fragt es sich: wie weit ist solche auszudehnen?“ Beitragspflichtig sollen alle Staatsbürger sein, ausgenommen die, welche ein Vermögen besitzen, welches die Kapitalisirung einer Arbeiter-Invalidenrente darstellt, und die welche eine akademische Bildung besitzen, als ob Bildung ein Präservativ gegen Hunger wäre (Heiterkeit). Wie soll aber das Existenzminimum der Invalidenrente ermittelt werden? Wie will man die Beiträge von Leuten einziehen, die nicht in festem Lohnverhältnisse stehen, sondern „selbstthätig“ sind?

In Preußen wären 8 Millionen Personen mit mindestens 10 Thlr. pro Jahr und Kopf zur Zwangsversicherung heranzuziehen, d. heißt eine Regulirung der Lohnfrage durch den Staat. Einzelne Industrien können einen solchen Zwangsbeitrag zum Lohnfonds gar nicht ertragen und doch wäre die Commune in ihrem Armenbudget kaum entlastet. Es muß zugleich ein Drittes gefunden werden, die vernünftige Vorauszahlung der Pension zu sichern. Will man etwa die Leute täglich mit Naturalversorgung versehen? Die Idee ist absolut unausführbar. So weit kann der Staat in der Liebe zu dem Einzelnen nicht gehen, so weit der Zwang gegen den Einzelnen nicht ausgebeugt werden. Das Institut der Zwangsversicherung ist unter allen Umständen zu verwerfen.

Mit dem Referenten ist Redner für gesetzliche Regelung des Versicherungswezens; doch soll der Staat seine Hand lassen von der Feststellung der Rechnungs-Grundlagen für die Föhrung der Beiträge, in England hat sich dies nicht bewährt. Befestigt der Staat die Statuten, so hat er eine Verantwortlichkeit dafür, daß statutenmäßige Ansprüche der Mitglieder auch befriedigt werden; in England ist dies nicht geheißen; jener Friendly societies sind bankrott und die Gesetzgebung ist ratlos. Schärft der Staat die Kontrolle, so schärft sich damit seine Verantwortlichkeit; er muß im Falle des Bankrotts mit Staatsmitteln eintreten. Das eingebrachte Gesetz wurde aufgehoben. Nach der ersten Autorität, Professor Heim, Leipzig, ist die Versicherung heute noch nicht im Stande, sichere erprobungsmäßige Grundlagen für Arbeiter-Invalidenrenten festzustellen. Ist überhaupt die Form der Invaliditäts-Versicherung eine rationelle? Sie muß verbunden werden mit der Kapital- oder Renten-Versicherung überhaupt. Wie nun, wenn ein Arbeiter im 40. Jahre etwa mit einem Capital ein selbstständiges Geschäft gründen will, soll er da nicht seine Einlagen in Form eines Capitals zurückfordern zu dürfen die Freiheit haben. Jeder Zwang schädigt hier die Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung; lassen wir also unsere Hand davon (Bravo). Die freie Versicherung leistet unendlich mehr als alle Staatsinstitute. Das Institut der Sparkassen verdient daher jede Förderung, weil es in rationeller Weise den Spartrieb fördert und die freie Verfügung über die Einlagen offen hält; die Invalidität ist dagegen ein ganz irrationaler Begriff. Vom Staate darf nichts Unmögliches verlangt werden, deshalb ist Punkt 2 der Crefelder Resolution zu verwerfen. Wir haben der „Reichsbehörden schon genug! — Zunächst muß man das bei den bestehenden Kassen vorhandene Material für die Versicherungswissenschaft verwerten; hier mag das Reich Mittel anwenden. Redner schlägt zu Punkt 1 der Crefelder Resolutionen einen Zusatz vor, welcher eine analoge Behandlung der Versicherungsgesellschaften mit den Erwerbsgenossenschaften verlangt und außerdem als Punkt 4:

„Es ist wünschenswerth, daß die Reichsbehörde durch geeignete Sachverständige das bei den bestehenden Invalidenrenten vorhandene, auf die Berechnung der Prämien für Invalidenrenten bezügliche Material bearbeiten lassen und veröffentlichen.“

Dr. Schulz (Mainz) als (während der Sitzung ernannten) Correferent ist nicht ohne Weiteres ein Anhänger der Ideen der Zwangsversicherung, die in der Broschüre des mittelrheinischen Fabrikanten-Vereins vom Abg. Kalle als ein „Project“ entwirft sei; so weit sei es noch nicht. Vorläufig handle es sich nur um einen Versuch, in die Materie einzudringen. Das Bedürfnis aber ist absolut; seine Regelung durchs Gesetz nicht zu umgehen, auf welchem Wege man dasselbe auch zu bereinigen suche. Die Regelung werde eine sehr einschneidende sein müssen, weil das zu erlassende Gesetz für andere Gesetze als Voraussetzung zu dienen habe. Gleichzeitig sei die Frage allgemeiner ins Auge zu fassen. Herr Redner halte jede gesetzliche Regelung für unmöglich, er meine, sie sei möglich, so bald man sie im Großen anfasse, sobald man eine bürgerrechtliche Grundlage dieser socialen Angelegenheit schaffe und das ganze Reich in große, leistungsfähige Versicherungsbezirke mit Selbstverwaltung gliedere, welche eine Abwälzung der vermehrten Lasten ermöglichen. Die Sache wolle mit einem „warmen Herzen“ angefaßt sein. — Das Wort „fittlicher Rathos“ wolle er vermeiden, — mit gegebenem Gemeinfinn und geschärfem Pflichtbewußtsein müsse die sociale Frage gelöst werden, in ihrer Gesamtheit erfaßt, um äußeren materiellen Glende und inneren moralischen Gefahren vorzubeugen. Eine Hauptquelle derselben sei die Arbeitsunfähigkeit des Ernährers der Familie, die zumeist ohne eigenes Verschulden eintrete. Das Fehlen einer geordneten Alters-, Witwen- und Waisenvorsorge übe einen großen Einfluß auf die socialen Gefahren der Zeit. (Der Rede Fortsetzung und Schluß der Sitzung folgt.)

Köln, 17. August. [Das hiesige Zuchtpolizeigericht] verhandelte in seiner heutigen Sitzung gegen Caplan Joh. Vondorfer von Coblenz, Joh. Wilh. Blum, stud. jur. zu Bonn, den Glaser Joh. Heumann zu Weckenheim und den Kaufmann von der Aht von hier. Die beiden ersten waren beschuldigt, durch Reden, welche sie am 12. October vorigen Jahres auf einer katholischen Versammlung zu Nieder-Züdorf gehalten, gegen § 131, der dritte, durch eine ebenfalls gehaltene Rede gegen § 166 des Strafgesetzbuches und der letzte, gegen § 8 des Vereinsgesetzes verstoßen zu haben. Die incriminirten Stellen aus der Rede des Caplans Vondorfer hatten sich gegen die Mairgesetze, die in der Rede des Studiosus Blum gegen den Zeitgeist, mit welchem derselbe die Staatsregierung identifizierte, und die in den Auslassungen des Heumann, eines getauften Juden, gegen die altkatholische Religion gewandt. Der Vertreter des Desfentlichen Ministeriums beantragte gegen den ersten Beschuldigten eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren, gegen die beiden folgenden (gegen Studiosus Blum wurde in contumaciam verhandelt) eine solche von je sechs Monaten und gegen von der Aht eine Geldbuße von 50 Thlr. Das Urtheil lautete gegen Caplan Vondorfer auf 3 Monate, gegen Blum und Heumann auf je 6 Wochen Gefängnis, dagegen sprach dasselbe den letzten Beschuldigten von Strafe und Kosten frei.

Coblenz, 15. Aug. [Die Hausfuchungen] bei den Häuptern der katholischen Vereine dauern fort; heute fand eine solche bei dem Präsidenten des (geschlossenen) katholischen Lesevereins (katholisches Casino) statt, wo man Schriftstücke und Correspondenzen zu finden gedachte, die den genannten Verein compromittiren könnten. Advocat Dr. Müller war abwesend, der Schriftführer desselben wurde polizeilich versegelt.

Fulda, 17. August. [Sämmtliche katholische Staatsdiener] in Fulda haben es für zweckdienlich erachtet, ein Verbot zur

Betheiligung an deutschen katholischen Vereinen nicht erst abzuwarten, sondern sind freiwillig ausgeschieden. Seit das in der Druckerei der „Fulda. Ztg.“ abgedruckte Rundschreiben bekannt geworden, worin Don Carlos „der von Gott gesandte Erhalter der Legitimität und Beschützer der Kirche“ genannt wird, blieb — so schreibt man den „Hamburger Nachr.“ — in der That nichts anderes übrig, nachdem Preußen seine Sympathien für die spanische Regierung so unzweideutig an den Tag gelegt.

Aus dem Fürstenthum Lippe, 14. August. [Zur Situation.] Wenn man einer Correspondenz der „Westf. Ztg.“ Glauben schenken dürfte, so wäre unser Staatsminister Herr v. Flottwell ernstlich gewillt, den Verfassungs-Wirren ein baldiges Ende zu machen. Ueber das Wie? verräth das Blatt jedoch nichts. Unseren Informationen gemäß, trägt sich Herr v. Flottwell ebenso wenig mit derartigen Gedanken, als ein Rücktritt von dem ihm zwar erschwerten, aber doch so verführerischen „Regieren“ von ihm zu erwarten steht. Eine Aenderung in dem jetzigen unerträglichen Systeme, das nicht allein die politischen, sondern leider auch die wirtschaftlichen Verhältnisse (man denke nur an die von uns schon öfters besprochene Eisenbahn-Angelegenheit des „eisenbahnlosen“ Fürstenthums) schwer schädigt, ist zwar anerkannt nothwendig, doch glaubt man, daß nur ein nachdrücklicher „Wunsch“ von Berlin aus der Sache ein Ende bereiten kann und wird. Sollte ein solcher bereits erfolgt sein, dann wollen wir der oben citirten Anschauung eher Glauben schenken, als uns bis jetzt möglich ist.

Darmstadt, 18. August. [Verbot.] Ein Artikel der „Darmstädter Zeitung“ erläutert das von der Regierung erlassene Verbot der Betheiligung der Staatsbeamten an den katholischen Vereinen. Der Artikel führt aus, daß die heftige Regierung den katholischen Vereinen wegen ihrer gegen die Staatsgesetze gerichteten Umtriebe entgegenzutreten genöthigt sei. Insbesondere mit der Stellung eines Richters könne die Mitgliedschaft dieser Vereine nicht vereinbar erscheinen und sei die Theilnahme an denselben mit der Würde des Richterstandes unverträglich.

Straßburg, 13. August. [Priester, die optirt haben, noch in kirchlicher Function.] Im Oberelsaß thaten bis auf die neueste Zeit katholische Priester kirchliche Verrichtungen, welche seiner Zeit für Frankreich optirt hatten. Denselben ist von der Regierung bedeutet worden, daß sie entweder ihre Option rückgängig zu machen, oder das Land zu verlassen haben. Darob großes Geschrei im ultramontanen Lager. Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Regierung in diesem Fall nichts weiter als eine Pflicht der Gerechtigkeit übt. Sie kann den Geistlichen keinen besonderen Kuchens backen und fordert von ihnen nur das gleiche, was das Gesetz gewöhnlichen Menschenfindern in Elsaß-Lothringen aus vorschreibt. Gleiches Recht für alle, die Befolgung dieses Grundgesetzes ist nirgends nothwendiger, als hier zu Lande.

Elsaß-Lothringen, 15. August. [Die Excesse in Pont-a-Mousson.] Die bei der Affaire in Pont-a-Mousson betheiligten Excedenten haben sich der Justiz durch die Flucht entzogen. Die „Mezer Zeitung“ schreibt darüber unterm 13. August: Der bei der bekannten Deutscherhe in Pont-a-Mousson stark gravirte Bankbeamte Vallemant hat es, wie wir vernehmen, vorgezogen, sich der gerichtlichen Untersuchung und ihren zu erwartenden Folgen durch die Flucht nach Frankreich zu entziehen. Er hat sich, wie verlautet, heute Morgen mit dem ersten Eisenbahnzuge aus dem Staube gemacht, und der Umstand, daß er seine Effecten sämmtlich zusammengepackt und seine Wohnung geräumt hat, schließt die Annahme einer bloß zeitweiligen Abwesenheit aus. Ebenso ist ein überbelemundetes Frauenzimmer von hier, welches an den Ausschreitungen in Pont-a-Mousson thätigen Antheil genommen und deshalb bereits einmal polizeilich verhört worden war, vermutlich aus Furcht vor der sie erwartenden Strafe von hier verschwunden. Die Untersuchung betreffs jener Vorfälle ist seit Beginn voriger Woche hier im Gange und haben bereits zahlreiche Vernehmungen stattgefunden. Auffällig ist es, daß die hier erscheinenden französischen Blätter, ebenso wie der in Nancy herauskommende, hier viel verbreitete „Courrier de la Moselle“, bis jetzt, zehn Tage nach jenen empörenden Ereignissen, noch nicht mit einer Zeile derselben gedacht haben. Wenn freilich ein paar deutsche Soldaten irgendwo sich eine Ausschreitung zu Schulden kommen lassen, wie unlängst in Remilly, da liest man es in den nächsten Tagen ganz ausführlich in jenen — unparteiischen Blättern.

Deisterreich.

Prag, 18. Aug. [Firmung.] Da der greise Bischof von Königrätz seines hohen Alters wegen nicht mehr das h. Sacrament der Firmung selbst zu spenden vermag, wurde bekanntlich „mit Genehmigung“ des Cardinal-Erzbischofs von Prag, als Metropolitan des Landes, Bischof Formerk von Dresden zur Vornahme der genannten bischöflichen Function bestimmt. Die Statthalterei legte jedoch auf Grund des § 2 der Mairgesetze ihr Veto dagegen ein, und hielt dieses Veto trotz des erhobenen Protestes aufrecht. In Folge dessen wurde Se. Hochw. Herr Weihbischof Dr. Prucha mit der Spendung des heiligen Sacramentes der Firmung in der Königrätzer Diocese betraut.

Schweiz.

Genf, 13. August. [Zur Entlassung des Paters Hyacinth.] Heute, schreibt man der „N. N. Z.“, hat der Conseil Supérieur oder cantonale katholische Kirchenrath die Entlassung des Herrn Hyacinth (B. Hyacinth) entgegengenommen in seiner doppelten Eigenschaft, d. h. als Pfarrer von Genf und Mitglied dieses Rathes. Der Richterlatster, Richter Barbant, dankt die großen Verdienste des seiner Zeit hochgeachteten Mannes. Dank und Hochachtung, ja Verehrung wurde ihm dafür zu Theil. Nun reicht er heute seine Entlassung ein und begründet diesen Schritt damit, „der Geist, der gegenwärtig im katholischen Reformwerke von Genf obwalte, sei weder liberal in Politik, noch katholisch in Religion.“ Diese Anschuldigung zu prüfen, liege, so meint der Redner, heute dem Rathe ob. Selbige könne sich nun offenbar nur auf Grund folgender drei Punkte beziehen:

1) Die organischen Gesetze, welche den katholischen Cultus reguliren. Sierauf sei aber zu bemerken, daß Herr Loysen den diesbezüglichen Verhandlungen im Großen Rathe in nächster Nähe gefolgt sei, daß er nach diesen Gesetzen zum Pfarrer von Genf gewählt worden sei und daß er auf eben diese Gesetze den Eid geleistet habe bei seinem Amtsantritte. Darum liegt zur Stunde kein Grund vor zu einer Demission oder zu Anschuldigungen.

2) Könnte sich diese auf die Hauptgrundsätze beziehen, nämlich Bruch mit dem unfehlbaren Rom, Wahl der Geistlichen durch die Gemeinden, Aufhebung des Zwangsschulbats, Abschaffung der Ordensbeichte und Abhaltung des Gottesdienstes in der nationalen Sprache. Diesbezüglich sei zu erwidern, daß man diese Grundsätze bis zur Stunde hochgehalten und praktisch durchgeführt. Darum fällt jede Anschuldigung auch auf diesem Gebiete als nichtig dahin.

3) Endlich könnte sich eine solche richten gegen die Tendenzen der Priester und Gläubigen im Allgemeinen. Dem sei zu entgegen, daß das der katholischen Reform zugestehene Generevot nie aufgehört habe, weder liberal, in Politik, noch katholisch in Religion zu sein.

Der Schluß des Rapportes und Antrages lautet wörtlich wie folgt: „Der Conseil-Superieur der katholischen Kirche von Genf weist darum die Motive, auf welche Herr Loysen seinen Austritt stützt, als ungerecht und unbegründet zurück. Heute, stark durch unsere Einigkeit und die Mitwirkung ergebener Priester, führen wir das Reformwerk entschieden fort, denn je vorher, ohne Entmuthigung, ohne Saß. Heute noch, wie im Anfang des Kampfes, bleiben wir unserem im Februar 1873 angenommenen Programm

frei. Wir wollen nämlich Katholiken bleiben, gleichzeitig aber freie Bürger unseres freien Vaterlandes sein.“

„In Folge dessen nimmt der Conseil-Supérieur, so weit es ihn anbelangt, die doppelte Demission des Herrn Lajon an und geht zu der Tagesordnung über.“

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt und es waren gerade drei Viertel der Mitglieder des Rathes anwesend.

Frankreich.

* Paris, 16. August. [Der gestern verstorbenen ehemaligen Minister des Innern, Forcade la Roquette,] ist derselbe „Staatsmann“, der 1868 gegen den Strom der liberalen Ideen so plump und ungeschickt ankämpfte und dem es vorzugsweise zu danken war, daß die Wahlen zum gesetzgebenden Körper 1869 so glänzend für das linke Centrum, „die 116“, ausfielen und die Dinge sich so gestalteten, daß der Kaiser, um die Kräfte, die chronisch zu werden drohte, zu beschwören, am 2. Januar 1870 Emil Ollivier berief und ihn mit der Bildung des neuen Cabinets betraute. An Forcade's Stelle wurde Chevandier de Valbrome Minister des Innern, Forcade wurde Senator, gab aber bald den Senat auf und ließ sich für den gesetzgebenden Körper wählen, um auf Douper's Wunsch Führer der Gruppe der in der Wölle gefährdeten Bonapartisten zu werden. Als es zum Kriege mit Deutschland und zum Sturze des Kaiserthums kam, verschwand Forcade aus dem Lande, kam aber bald wieder zum Vorschein, um gegen die Handpolitik von Thiers zu schreiben und einen Wahlkreis zu gewinnen; auch die „Union“ empfahl ihn den Wählern der Gironde, aber er fiel gegen Caduc bei der Wahl durch. Der „Français“, der immer eine besondere Freude an allen routinirten Reactionärs hat, lobt Forcade sehr. Indes wird man in Frankreich nicht vergessen, daß die „echten“ Bonapartisten zwar im Ganzen energischer und tüchtiger waren, als die Ueberläufer aus dem liberalen Lager; aber Forcade gehörte zu jenen eifrigen, doch beschränkten Politikern, die sich unter Napoleon III. einbildeten, sie seien wirklich bedeutende Staatsmänner, die würdig seien, an der Spitze Europas, das nach ihrer Pfeife tanzen müsse, zu marschieren. Diese politischen Schwindler haben zur Verschlechterung des französischen Charakters sehr viel beigetragen. Als Mensch war Forcade gewandt, lebenswürdig und wohlwollend, wie die Mehrzahl der leichtfertigen Vertrauten der Tuilleries.

[Zum Prozeß Duvernois.] Wie „Figaro“ meldet, ist die Untersuchung in der Angelegenheit Clement Duvernois, des Erninsters unter dem Kaiserreich und Directors der spanischen Territorialbank, noch nicht beendet. Erst gestern konnte er mit seinem Verteidiger, Herrn Laurier, zum ersten Male verfahren.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. August. [Aus Island] sind früher als man erwarten konnte, bereits über Schottland telegraphische Nachrichten eingetroffen. Das Blatt „Dagstelegraphen“, welches einen speziellen Correspondenten nach Island geschickt hat, theilt folgendes Telegramm mit, welches von der zum königlichen Geschwader gehörenden Corvette „Heimdal“ nach der Telegraphenstation Thurso, einer kleinen Stadt an der Nordküste Schottlands, gebracht war und gestern Vormittag 9 Uhr 17 Minuten von dort abgeschickt ist: „Der König kam (wie schon bekannt) den 30. Juli in Reykjavik an und wurde dort mit großer Begeisterung und Herzlichkeit empfangen. Der Gottesdienst zu Reykjavik, den 2. August, war außerordentlich feierlich und schön. Der Ausflug nach dem Geysir, welcher den 3. August angetreten wurde, war sehr gelungen. Das Hauptfest auf Thingvallir, den 7. August, hatte ungefähr 2000 Menschen herbeigezogen. Am 9. August fand ein Ball in Reykjavik statt. Sowohl beim König als bei der ganzen Bevölkerung und den fremden Theilnehmern hat der Besuch einen außerordentlich schönen Eindruck und angenehme Erinnerungen hinterlassen. Die Abreise von Reykjavik erfolgte den 10. August.“ Man kann aus diesem Telegramm u. A. den Schluß ziehen, daß das Wetter, worauf es auf Island natürlich mehr als anderswo ankommt, die Reise des Königs begünstigt hat. Von besonderer Wichtigkeit war dies bei dem Ausfluge nach dem Geysir, wo der oft launenvolle Sprudel also wohl nicht hat auf sich warten lassen. Die Zahl der Theilnehmer am Feste auf Thingvallir könnte klein erscheinen; wenn man jedoch an die Schwierigkeit der Passage und die großen Entfernungen auf Island denkt, so ist sie eher als beträchtlich zu bezeichnen. Die hiesige „All. Tid.“ brachte letzten Sonntag eine Abbildung der Gegend von Thingvallir, welche von der Debe und Einsamkeit der Gegend, wo man keine menschliche Wohnung erblicken konnte, einen deutlichen Begriff gab. Die weit überragende Anzahl der Theilnehmer hat ohne Zweifel die Nacht unter offenem Himmel zubringen müssen. Nach der Rückkehr des Königs wird hier hoffentlich eine Ausstellung von Photographien und Oelgemälden in Skizzen, welche uns die dortigen Begebenheiten, die überall ein so lebhaftes Interesse erwecken, veranschaulichen, veranstaltet werden. Der dänische Marinemaler Sørensen ist mit im Gefolge des Königs und von ihm kann man sicher eine ganze Reihe farbenprächtiger Skizzen erwarten. Das eventuelle literarische Werk über die Reise des Königs mit Abbildungen, als von monumentaler Bedeutung, wird wohl nicht nur in isländischer und dänischer Sprache, sondern auch in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben werden. Daß der Reichstag die etwa dazu nöthigen Mittel ohne Discussion bewilligt, darf man hoffen; denn bei solchen Gelegenheiten kommt auch über die Linke, mit Ausnahme der kleinen Winter'schen Gruppe, in der Regel ein generöser Geist. Auch ist es richtig, daß der dänische Bauernstand im Allgemeinen von hoher Achtung vor Kunst und Wissenschaft befeelt ist.

Schweden.

Christiania, 13. August. [Die Königin-Wittve Josephine] hat bei ihrer Abreise von Norwegen durch die „Nigstid“ dem norwegischen Volke ihr Lebewohl in folgenden Worten ausgedrückt:

„Weber ich von Norwegen abreise, will ich hierdurch dem norwegischen Volke meinen herzlichsten Dank für die mir nicht nur in Christiania und in andern norwegischen Städten, sondern auch auf dem Lande und in den entferntesten Theilen des Reiches erwiesene Freundschaft und Anhänglichkeit ausdrücken. Unvergessen wird mir die Erinnerung an meinen Aufenthalt hier im Lande zu meinem 50jährigen Jubiläum bleiben, wozu nicht wenig die Ueberzeugung beiträgt, daß das norwegische Volk bei liebevollem Andenken an ihre verstorbenen Könige dem regierenden Fürsten mit Vertrauen ergeben ist. Ich hoffe diese schönen Gedanken noch einmal wiederzusehen und indem ich Allen ein herzlich Lebewohl zurufe, stehe ich um Gottes Segen für Norwegen, dessen König und Volk! Christiania, den 10. August 1874. Josephine.“

Afrika.

Kairo. [Die Expedition Gordons.] Aus Faschoda bis zum 18. Juni datirte Briefe geben einige nicht uninteressante Nachrichten über die Expedition des Obersten Gordon, des Nachfolgers Sir Samuel Bakers, in das Innere Afrikas. Faschoda — heißt es in einem dieser Briefe — scheint für dieses Land ein bedeutender Ort zu sein, obwohl die meisten Häuser nichts weiter als Hütten sind und wie schmutzige Heukuppen aussehen. Es giebt aber einen großen Platz, bestehend aus Schmutz und Ziegeln, für die Soldaten. An jeder Ecke sind zwei Kanonen aufgestellt. Der Oberst wurde mit allen Ehren empfangen; Soldaten und Volk bildeten Spalier und Kanonenschüsse wurden abgefeuert. Die Eingeborenen konnte man nicht sehen, sie sind gut gebaut und gewachsen. Es giebt hier Hunderte von Sträf-

lingen, meistens von Kairo; denn Faschoda und Khartum sind die ägyptischen Strafanstalten. Allem Anschein nach hat der Oberst Khartum nicht im herzlichsten Einverständnis mit dem Gouverneur verlassen; aber er hat hier ein sehr gnädiges Telegramm vom Vizekönig erhalten. Er besitzt jetzt volle Macht über seine Provinz, die sich bis zum Sanbatflusse erstreckt, und wahrscheinlich wird er einen Monat am Flusse bleiben und, sobald er Alles zur Hand hat, eine Station errichten. Die Eingeborenen stellten sehr geschickte Kanoes und Boote her und benutzten dazu ein wunderbar leichtes Holz, genannt Umbatal. Sklaverei wird hier als kein Unrecht angesehen und daher schwer auszurotten sein. Der Rhebiue giebt große Summen auf diese Expedition aus und hat die ausdrücklichen Befehle erteilt, die Sklavenjagden in jedem Falle zu unterdrücken.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 19. August. [Die Versammlung schlesischer Ultramontanen.] Endlich ist die römische „Volksztg.“ mit sich darüber einig geworden, wo die Ultramontanen in unserer Provinz sich versammeln sollen, nämlich in Breslau. Donnerstag Abend wird ein Comité deshalb zusammentreten.

** [Marine.] Für die nach den Spanischen Gewässern entsandten beiden Kanonenboote sind folgende Commandirungen in Kraft getreten: S. M. Kbnst. „Nautilus“: Corb.-Capt. Zembisch, Commandant; Capt.-Lt. Sebelin; Lt. J. S. Frhr. v. Löwenstein; Unter-Lts. J. S. Jhn, Hirschberg, Hoffmeyer; Ass.-Arzt 2. Klasse Macholz; Zahnmeister-Asspirant Kleybolte. — S. M. Kbnst. „Albatros“: Corb.-Capt. v. Kottig, Commandant; Capt.-Lt. Frhr. v. Reibnitz; Lts. J. S. Treubandt, Mittler; Unter-Lts. J. S. Fuchs, v. Halfern; Marine-Ass.-Arzt 2. Klasse Dr. de Bra; Zahnmeister-Asspirant Wistram.

[Ueber den Umkreis der amtlichen Thätigkeit der Nachwächter] hat das Obergericht in seiner Sitzung vom 13. Juli c. folgendes interessantes Urtheil gefällt: Zu den dienstlichen Obliegenheiten der Wächter gehört, den rechtzeitigen Verschluß der Häuser zur Nachtzeit zu überwachen und nach Umständen herbeizuführen. Wenn ihnen auch der zunächst dem Hausbesitzer obliegende Verschluß der Hausthür von letzterem übertragen worden, so fällt dieser Verschluß gleichfalls in den Kreis ihrer amtlichen Verpflichtungen. Wird nun ein Wächter bei Ausübung dieser Funktionen thätlich angegriffen, so verfällt der Thäter der in § 113 des Strafgesetzbuchs angeordneten Strafe wegen Widerstandes gegen einen Beamten in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes.

* [Kochkrankheit.] Höherer Anordnung zufolge sollen die sämtlichen Pferde im Kreise Olaz wegen der in letzterer Zeit häufig vorgekommenen Kochkrankheit durch den Thierarzt Werten auf später zu bestimmenden Sammelplätzen untersucht werden. — Es werden deshalb die Magistrate, die Gutsbesitzer und die Gemeindebesitzer aufgefordert, schleunigst Pferdebestandslisten in duplo aufzunehmen und ein Exemplar binnen längstens 8 Tagen dem Herrn Landrath einzureichen.

* [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverfloffenen Woche sind hierorts politisch angemeldet worden: als geboren 98 Kinder männlichen und 98 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 196 Kinder, wovon 19 auferkeblt; als gestorben 103 männliche und 97 weibliche, zusammen 200 Personen incl. 10 todgeborener Kinder.

Woblan, 18. August. [Festliches.] Am gestrigen Tage beging der Mädchenlehrer Herr Arndt hierseits sein 50jähriges Amtsjubiläum. Schon Tags vorher hatte ihm der hiesige Gewerbeverein, dessen Vorsitz der Jubilar ist, ein Gedeihenständchen gebracht und ihm ein Festgesand überreicht. Gestern Vormittag 10 Uhr begaben sich Deputationen des Magistrats, der Schulanstalten und der Stadtverordneten, sowie die Vertreter des königlichen Kreisgerichts, des Hauptsteueramtes und des Gymnasiums in die Wohnung des Gefeierten, um ihn zu beglückwünschen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Magistrats-Dirigent dem Jubilar unter herzlichster Ansprache das ihm seitens der Vertreter der Stadt bewilligte Festgesand. Seitens der Geistlichkeit erschien Herr Pastor Brand aus Herrmannsdorff als Vertreter des im Bade weilenden Superintendenten Krebs und Herr Diaconus Sinz von hier, um dem Jubilar ihre Glückwünsche darzubringen. Die hiesigen und auswärtigen Collegen desselben hatten sich schon vorher eingefunden um ihm mit ihren Glückwünschen ein werthvolles Festgesand zu überreichen. Auch eine Deputation des Vorstandsvereins, dessen Vorstandsmitglied der Jubilar ist, hatte ihn beglückwünscht und ihm ein Gedeihenständchen als Ehrengabe überreicht. Nachdem die Gratulation beendet, ertönte die Kirchenglocke und der Jubilar wurde von den Geistlichen in Begleitung seiner Familie, der erschienenen Deputationen und der Collegen nach der Kirche geführt, wo er nebst seiner Familie vor dem Altar Platz nahm. Nach Abkling des Liedes: „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“, betrat Pastor Brand den Altar, hielt eine ergreifende Ansprache an den Jubilar und segnete denselben ein. Ein getragener Chor- und Festgesand endete die erhebende kirchliche Feier. — Nachmittags 2 Uhr fand im Rathhause eine Ehrenfeier des Jubilars ein Festmahl statt, an welchem sich die städtischen Behörden, sowie die Collegen und Freunde des Jubilars theilnahmen. Der Jubilar brachte den ersten Toast auf Se. Majestät den Kaiser, Bürgermeister Jostich den Toast auf den Jubilar aus. Noch viele andere Toaste schlossen sich diesen an und dazwischen wurden die Tafellieder gesungen, welche von einzelnen Festtheilnehmern zu diesem Zwecke gedichtet worden waren. Der ungetriebene Frohsinn herrschte bei diesem Festmahl, welches gegen 6 Uhr Nachmittags sein Ende erreichte, wo die Festtheilnehmer sich in den hiesigen Garten begaben, um das dort vom Musikcorps des 59. Inf.-Reg. gegebene Concert zu besuchen.

* Löwenberg, 18. August. [Stiftungsfest. — Eisenbahn.] Am 16. August, dem Tage von St. Privat, beging der hiesige Männer-Turnverein sein 12jähriges Stiftungsfest durch ein recht gelungenes Schauturnen auf dem im Festlande prägnanten städtischen Turnplatz. Eröffnet wurde dasselbe durch Uebungen mit dem kurzen Eisenstabe nach dem Tacte der Musik, woran sich Massenübungen am Reck und Barren, und ein Wett-Turnen am Sturmlauf und Vord. schlossen. Bei eindringender Dunkelheit wurde das Klettergerüst und der festliche Hintergrund des oberen Platzes illuminiert und bei bengalischer Beleuchtung lebende gymnastische Bilder am Stangengerüst von 16 Mann ausgeführt, welche vortrefflich gelangten und darum auch lauten Beifall von dem zahlreichen Publikum erzielten. Den Schluß des schönen Festes bildete ein Ball. — Die längere Zeit scheinbar ins Vergessen gerathene Eisenbahnfrage, wonach die Städte, Glogau, Lüben, Löwenberg und Jittau durch eine Eisenbahn verbunden werden soll, scheint dadurch in ein besseres Fahrwasser gelangen zu wollen, als das künigl. preussische Kriegsministerium sich für diese Linie zu interessieren beginnt und das noch bestehende Eisenbahncomité auch die Adjacenten des hiesigen Kreises zu einer außerordentlichen Versprechung am heutigen Tage geladen hat. Jedenfalls ist aus strategischen Rücksichten diese Strecke von großer Wichtigkeit und hoffen wir, daß diese hochwichtige Angelegenheit einen ebenso schnellen als günstigen Ausgang nehmen möchte.

D. Frankenstein, 18. August. [Attentat. — Ausflug. — Gewitter.] Der am 16. c. von Liegnitz nach hier fahrende Abend-Veronesenzug wurde in der Gegend zwischen Schweidnitz und Reichenbach der Gegenstand eines nichtswürdigen Vorfalles! Bei Anfunst auf der letztgenannten Station bemerzte der diensthabende Schaffner die Zerrümmung einer einen Viertelholl starken Thür-Spiegelscheibe in einem Coupe zweiter Klasse. Die nähere Untersuchung derselben ergab, daß die Zerstörung der Scheibe durch den Wurf mit einem ein Pfund schweren Felsstücke, welches auf der Sitzbank neben Glasplittern lag, herbeigeführt worden ist. Wo das Wurfstück jedoch in den Wagen geschleudert worden ist, hat nicht ermittelt werden können. Das qu. Coupe hatten zwei Personen von Schweidnitz bis Jakobsdorf benützt. — Gestern Nachmittags veranstaltete der hiesige katholische Gesellenverein einen Ausflug nach dem eine Meile von hier entfernten Kleinfelsberge, woselbst auch die katholischen Gesellenvereine aus Reichenbach und Langenbielau sich eingefunden hatten. — In der Nacht von gestern zu heute durchzogen mehrere heftige Gewitter, begleitet von starken Regengüssen die hiesige Gegend ohne Schaden anzurichten.

Δ Dels, 18. August. [Verschiedenes.] Die Morgenstunden des heutigen Tages brachten uns ein Gewitter verbunden mit einem durchdringenden Regen, der den Feldern und Wiesen die erwünschte Cräudigung brachte. Plötzlich aber wurden die Bewohner der Stadt gegen 7 Uhr durch einen furchtbaren Donnererschlag erschreckt und bald verbreitete sich die Nachricht, daß der Blitz in den Thurm des herzoglichen Schlosses eingeschlagen habe. Die von demselben angerichteten Zerstörungen sind höchst eigenthümlicher Art. Wahrscheinlich hat sich das elektrische Fluidum durch

verschiedene gute Leiter angezogen im Augenblicke des Einschlagens nach allen Richtungen hin ausgebreitet. Ueberall finden sich im Thurne und den an diesen grenzenden Theilen des Schlosses Spuren der großen Kraft des Elementes. Durchbrochene Wände, losgerissene Holzpitter, geschmolzene Ringelzugdrähte beweisen, daß das alte Pfaffenloß in der Gefahr war, ein Raub der Flammen zu werden. Anfangs ließ der starke Rauch auch den Ausbruch eines Feuers befürchten. Glücklicher Weise ist außer der Beschädigung der Thurmruhr nichts Uebles angerichtet worden. — Der Bau einer Kaserne für das 6. Jäger-Bataillon wird von den Vertretern der Stadt jetzt ernstlich beraten. Die jetzigen Quartiere der Mannschaften haben sich nämlich als unzumuthig und ungesund erwiesen. Besser thut jedenfalls die Commune, wenn sie ein solches Unternehmen selbst in die Hand nimmt, als wenn sie unter ungünstigen Bedingungen mit einem Privatunternehmer einen Vertrag auf viele Jahre hinaus bindend abschließen sollte. — An Stelle des früher hier existirenden Bürgervereins hat sich gutem Vernehmen nach ein Verein „der Freunde“ gebildet, dessen Tendenz in der Sorge für das communale Wohl und in dem Streben, das Ausblühen der Stadt zu fördern, besteht. Zwei Gegenstände sind es zunächst, welche dieser gemeinnützige Verein auf sein Programm gesetzt hat. Nämlich die Begründung eines Bauvereins und eines Einkaufsvereins von Lebensmitteln und Brennmaterialien. In zweiter Linie soll dahin gestrebt werden, eine zweite Apotheke und eine zweite Buchdruckerei am Orte zu begründen. Daß durch Beides einem sehr fühlbaren Bedürfnisse abgeholfen würde, liegt auf der Hand. Da der Verein von dem hiesigen Volksblatte eine Unterstützung seiner Bestrebungen nicht erbsit, so soll zum Zwecke der Begründung einer zweiten Buchdruckerei durch Zeichnung von Actien hingewirkt werden. — Allgemeine Theilnahme erregt das Hinscheiden eines talentvollen, tüchtigen und beliebten Mitbürgers, des Färbermeisters D. Behrens, welcher in der Blüthe der Jahre durch den unerfindlichen Tod den Seinen entzogen wurde. — Ein alter Mann versuchte gestern Morgen das Fährgeleis der Nechten Ober-Unter-Bahn zu überschreiten, während der Zug bereits herangebraust kam. Er wurde dabei von der Locomotive erfasst, zu Boden geworfen und der ganze Zug ging über ihn weg, ohne ihn im Geringsten zu verletzen. Der Zugführer hatte sich vergeblich bemüht, den Zug zum Stehen zu bringen. Als dies gelang, war der merkwürdig genug der Todesgefahr Entgangene schon aufgesprungen und suchte sich zu verbergen. Er wurde jedoch eingeholt und verhaftet.

tz. Briesg, 18. August. [Katholischer Gesellen- und Vincenz-Verein. — Militärisches. — Sedanfeier. — Gewitter.] Auch dem hiesigen katholischen Gesellen- und St. Vincenz-Vereine sind in Folge höherer Weisung durch den königlichen Polizei-Inspector Andre sämtliche Acten und Verzeichnisse abgefordert worden. — Gestern hatte das gegenwärtig hier zum Regiments-Exerciren zusammengezogene 51. Regiment Parade vor Sr. Excellenz dem commandirenden General v. Tümping. Anwesend waren auch der Divisions-General Graf v. Brandenburg und der von seiner hiesigen Garnisonszeit noch bei uns besonders beliebte Brigadegeneral v. Knipping. Letzterer ist heute noch anwesend. Herr General v. Tümping soll seine vollste Befriedigung geäußert und sich besonders anerkennend über die Leistungen des Füsilier-Bataillons ausgesprochen haben. Leider verläßt uns Donnerstag das Regiment und damit auch die Bönner'sche Kapelle auf 4 Wochen. Die Abwesenheit der letzteren wird besonders am Sedanlage vermißt werden, dessen Feier als Schul- und Volksfest von den Lehrern der sämmtlichen städtischen Schulen beschlossen wurde, wenn es gelingt, Musik zu besorgen. — Heute in früher Morgenstunden entlief sich über unserer Stadt ein schweres Gewitter mit lange andauerndem wolkenbruchartigen Regengüsse. Einzelne Straßen waren vollständig unter Wasser gesetzt.

Gogolin, 18. August. [Die Uebergabe der neuen Bahnhof-Räumlichkeiten] an die Frau Restaurateur Pelz erfolgte gestern früh. Bei dieser Gelegenheit hatten sich fast sämtliche Beamte der hiesigen Werte zu einem feierlichen Frühstück eingeladen, der in Ermangelung eines schlecht geschulten Orchesters — nur über ein solches hatten wir zu verfügen — durch die reinen Harmonien einer zufällig vorhandenen italienischen Leier seine Würze fand. In höchst vergnüglicher Stimmung trennte man sich Mittags mit dem Vorbehalt, des Abends bei der abzuhaltenden Gaepröbe Nachsicht einige Opfer zu bringen. Die Stimmung wurde in der That gegen 9 Uhr vorzugsweise dadurch eine gehobene, daß auf Witten und Jureben die Familien der Herren Eisenbahnbeamten sich eingefunden und Herr Stations-Vorsteher Grüttnier es verstanden hatte, in einer kurzen Ansprache die Anwesenden in heiterer Stimmung zu erhalten. In dieser bildete die fulminante Erleuchtung des Saales keinen Gegensatz. Herr Bettfack lieferte ein so vorzügliches Gas, daß wir behaupten, es könne hinsichtlich der Reinheit und Schärfe des Lichtes die Concurrenz mit allen gleichnamigen Fabrikaten aufnehmen. Auch die Speisen und Getränke, welche Madame Pelz den Gästen verabreichte, ließen nichts zu wünschen übrig.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Aug. 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333 ^{mm} 39	334 ^{mm} 22	335 ^{mm} 03
Luftwärme	+ 13° 1	+ 11° 7	+ 9° 2
Therm.	5 ^{mm} 39	5 ^{mm} 08	3 ^{mm} 98
Dunstförmigkeit	88 pCt.	93 pCt.	89 pCt.
Wind	NW. 2	NW. 2	NW. 1
Wetter	bewölkt.	trübe.	wolfig.
Wärme der Ober	6 Uhr Morgens + 14° 9.		

Breslau, 19. Aug. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 28 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Berlin, 18. August. Die in unserem Bericht über das gestrige Börsengeschäft erwähnten Momente erwiesen sich auch heute in Wirklichkeit, sie fanden aber im Verhalten der Hauspartei einen lebhaften Widerstand und es unterlagen daher die Speculationswerthe mehrfachen Schwankungen, aus denen sie schließlich jedoch mit einigen Cours-Anzügen herbeizogen. Nichtsdestoweniger kann die Gesamtstimmung der Börse doch nicht mit „fest“ bezeichnet werden, denn theils waren die Umstände dermaßen gering, daß eine Tendenz, die thatsächlich aus dem Verkehr hervorgegangen wäre, nicht zum Ausbruch gelangen konnte, theils aber trat die Abwägung gegen gestern auch beim belebteren Verkehr unmerklich auf. So war die Stimmung für Bankpapiere wesentlich matter, obgleich der Verkehr nur eine geringe Einbuße erlitten hatte. Die internationalen Speculations-Papiere eröffneten in matter Haltung, setzten jedoch mit wenig veränderter Courten ein. Später besserte sich die Tendenz und die Course konnten anziehen, ohne daß aber der Verkehr ein regeres geworden wäre. Oesterreichische Credit-Actien hatten anfänglich einen Coursrückgang erfahren und vermochten trotz vielfacher Schwankungen nicht ihren gestrigen Schlusscours zu erreichen. Unmittelbar vor Schluß der Börse verlor sich der allgemeine Geschäftscharakter und erfuhren dabei auch die Course der Speculationswerthe Reductionen, die sie ziemlich auf das Anfangsniveau zurückbrachten. Dester. Nebenbahnen waren fest und zeigten sich in dieser Hinsicht namentlich Galizier aus. Sehr still blieben auswärtige Fonds, meist konnten die einzelnen Effecten die gestrigen Coursrückgänge wieder ausgleichen. Dester. Renten fest, Italiener und Türken besser, Amerikaner sehr ruhig. Russ. Werthe ohne Leben. Preussische Staatspapiere charakterisiren sich durch große Festigkeit, der Verkehr in denselben gemann aber ebenso wenig, wie in andern deutschen Fonds irgend welche Bedeutung. Das Prioritätengeschäft belundete eine merkwürdige Einschränkung, 4 pCt. Preussische Devisen mußten sogar von ihren letzten Notirungen abgeben. 4½ pCt. Prioritäten waren wenigstens theilweise in guter Frage. Von ausländischen zeigten sich 3 pCt. und 5 pCt. Lombardische, Theißbahn, 73er Westbahn und Gömdor Pfandbriefe beliebt. Auf dem Eisenbahnactien-Markt flagirte der Verkehr fast vollständig, die Course erlitten auch in Folge dessen keine erwähnenswerthen Veränderungen. Von leichten Bahnen waren Nahebahn beliebt und steigend, Schweizer Westbahn mußte nachgeben. Bankactien theilweise recht beliebt, im Allgemeinen aber schwächer. Preuss. Hyp.-Actien-Bank sehr fest, Nordost- und Deutsche Bt. beliebt, Geraer Credit steigend. Braunschweiger, Mecklenb. Hyp. und Mecklenb. Bodencredit beliebt, Hahner bezgl., Süddeutscher Bodencredit rege, Gothaer besser, Luxemburger und Meininger niedriger, aber lebhaft. Disconto-Commandit schwankend, 180 ½, p. ult. 178 ½—179 ½. Industriepapiere wenig beachtet, Union's-Brauerei beliebt, Pilsener steigend in großen Posten gehandelt, Königsstadt-Bauverein unbedändert, Cottage, Norddeutsche Eiswerke, Flora, Wolpi, Zordandhütte, Westfalia besser, bezgl. Erdmannsdorf, Hoffmann u. Linke, dagegen Elbinger bei lebhaftem Geschäft weichend. Dortmund Union 51½, p. ult. 50 ½—51 ½—51½, Laurabütte 138, p. ult. 137 ½—138 ½—137 ½. — Wechsel still, Paris und London fest. (Wan- u. S. 3.)

Berlin, 18. August. [Creditanstalt.] Eine aus Wien der „B. V. 3.“ zugehende Depesche besagt, daß das dort sowohl wie hier ausgesprochene Gerücht, bezüglich des Semestralgewinns der österreichischen Creditanstalt, jeder Begründung entbehrt. Die Bilanz der Creditanstalt ist noch nicht entfernt festgestellt und was gegenwärtig über den von dem Institut erzielten Gewinn gesprochen wird, kann daher nur auf ganz unsicheren Vermuthungen

